

Otriven

Stark gegen den Schnupfen.
Mild für die Nase.



Otriven hilft 8 Stunden und länger gegen Schnupfen und ist auch bei empfindlicher Nasenschleimhaut gut verträglich. Durch die Erfahrung von 30 Jahren Forschungsarbeit und seine unübertroffene Qualität wird Otriven als das wirksame Mittel empfohlen, wenn es um Schnupfen geht.

Otriven gegen Schnupfen erhalten Sie als Spray, Dosierspray, Tropfen, als Gel und auch als Tropfen für Kinder. Ihr Apotheker berät Sie gerne.

OTRIVEN gegen Schnupfen nicht anwenden bei trockener und chronischer Entzündung der Nasenschleimhaut - erhöhtem Augeninnendruck. Selten lokale Reizerscheinungen, Kopfschmerzen und Schläfrigkeit möglich. Bei Überdosierung Kreislaufreaktion möglich. Längere Anwendung und Anwendung bei Schwangerschaft vermeiden.

CIBA-GEIGY GmbH, 7867 Wehr

POST

Worte und Taten

Der Beamten-Muff bleibt erhalten, die Bürokratie wird wachsen: Christian Schwarz-Schilling ist mit seiner Postreform gescheitert.

Im Postamt, anno 1989: Der Beamte hinter dem Schalter zieht Linien. Sorgfältig, mit Bleistift und Lineal, verwandelt er ein weißes Blatt Papier durch waagerechte und senkrechte Striche in ein Formular. Die Schlange wartender Kunden wächst derweil.

Den Kollegen am Nachbarschalter stört das nicht. Er macht offenbar Inventur, ordnet Papierstapel, räumt Stifte weg, listet Zahlenkolonnen auf. Für die Postkunden, das macht ein Schild klar, ist er nicht zuständig. Ein dritter Schalter ist gänzlich verwaist.



Dienstleistungen der Bundespost: „Zu unflexibel, zu bürokratisch, zu teuer, zu langsam

Über die „500 000 Lahmäsche“ bei der Post hat der inzwischen verstorbene Computerbauer Heinz Nixdorf schon vor Jahren geklagt. Heute erregt sich der Verband der Postbenutzer: „Zu unflexibel, zu bürokratisch, zu teuer, zu langsam und zu wenig produktiv.“

Das soll nun, vom nächsten Jahr an, alles anders werden. Christian Schwarz-Schilling, Postminister seit 1982, will den staatlichen Monopolbetrieb von Grund auf umkrempeln. Der Christdemokrat: „In Umkehrung des bisher bestehenden Grundsatzes soll künftig der Wettbewerb die Regel und das Monopol der Deutschen Bundespost die zu begründende Ausnahme sein.“

In drei Unternehmen will der Minister den Mammut-Betrieb (550 000 Beschäftigte, 52 Milliarden Mark Umsatz) zerlegen: Die laut Schwarz-Schilling „relativ selbständigen“ Firmen sollen für den Fernmeldebereich („Tele-



Post-Reformer Schwarz-Schilling
„Fit für die Zukunft“



kom“), für Finanzdienstleistungen („Postbank“) sowie für den Brief- und Pakettransport („Postdienst“) zuständig sein.

Statt verdienter Beamter, versprach Schwarz-Schilling, würden hochbezahlte Manager an der Spitze der Firmen stehen. „Hoheitlich-politische“ sollten von „betrieblich-unternehmerischen Aufgaben“ getrennt werden.

„Mehr Handlungsspielraum im persönlichen Bereich“ werde die „Post 2000“, so der Traum des christdemokratischen Postmeisters, „fit für die Zukunft“ machen: ein modernes Dienstleistungsunternehmen, das „preiswert, effizient und vor allem im Dienste des Kunden seine Leistungen erbringen kann“.

Noch ist nicht ganz klar, wie die Details der tollen Reform aussehen, die im Frühjahr vom Bundestag verabschiedet werden soll. Eines aber ist schon jetzt gewiß: Statt weniger wird es bei der Post nach Schwarz-Schillings Reform noch mehr Bürokratie geben. Die Absicht, aus dem Behörden-Moloch Post ein flink im freien Wettbewerb operierendes Unternehmen zu machen, scheitert an einem Rekordausstoß neuer Gesetzesparagrafen und Institutionen.

Selten klafften in Bonn Worte und Taten so weit auseinander wie bei der sogenannten Postreform des Christian Schwarz-Schilling. „Die Situation der Post“ könne sich, so befand der Verband der Postbenutzer, durch das Reformwerk „nur verschlechtern“.

Bisher gab es an der Spitze der Post zwei Entscheidungsinstanzen: den Minister und den Verwaltungsrat. Zukünftig werden zehn Gremien tätig: drei Vorstände, drei Aufsichtsräte, ein Direktorium, der Post- und Telekommunikations-



und zu wenig produktiv“



Rauschgift wird zu einer Geißel der Menschheit: Zerstörte Jugendliche, Zehntausende von Opfern, nicht mehr kontrollierbare Kriminalität. Alle Feldzüge gegen die internationale Rauschgift-Mafia scheiterten, führten nur noch tiefer in den Sumpf des auf 500 Milliarden Dollar geschätzten Geschäfts mit dem Tod und Verbrechen. Können, sollten Drogen legalisiert werden?

Ein Dutzend SPIEGEL-Redakteure hat in vielen Ländern hinter der Weltmacht Droge herrecherchiert, bei Experten der amerikanischen Drogenbehörde DEA und des Bundeskriminalamts Informationen gesammelt, mit Süchtigen und Dealern, betroffenen Familien und Therapeuten gesprochen.

Die achteilige SPIEGEL-Serie ist jetzt als Sonderheft SPIEGEL SPEZIAL „**Geißel Rauschgift**“ erschienen. Erhältlich in ausgewählten Zeitschriftenverkaufsstellen und Bahnhofsbuchhandlungen. Preis DM 4,80.

Direktbezug über den SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung, Postfach 11 04 20, D-2000 Hamburg 11 ist ebenfalls möglich. Lieferung gegen Vorkasse. Überweisungen bitte auf Postgirokonto Hamburg 7137-200 (BLZ 200 100 20) – mit Bestellvermerk „SPIEGEL SPEZIAL Geißel Rauschgift“.

tionsminister, ein sogenannter Infrastrukturrat und der Bundesrat.

Bisher dauerte es etwa drei Monate, um in dem gelben Konzern einen Wirtschaftsplan in Kraft zu setzen. Künftig „könnte sich das Verfahren“, so ein interner Vermerk aus dem Ministerium, „leicht über ein Jahr hinziehen“.

Es war ja alles gut gedacht. Statt laubverhafteter und durch Tausende von Dienstvorschriften gefesselter Staatsdiener, versprach Schwarz-Schilling, werde er motivierte und engagierte „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wettbewerb“ mit privaten Konkurrenten schicken.

Nichts ist draus geworden. Vorbehalte des Bundesrates, Einsprüche des Finanz- und des Innenministers sowie taktische Fehlleistungen Schwarz-Schillings ließen den kühnen Plan zu einem klein-karierten Machwerk verkommen.

Schwarz-Schilling darf künftig Postingenieure ein paar Monate früher in höhere Gehaltsklassen hieven. Bis zu zwei Prozent seiner Personalausgaben kann der Minister in Form von Leistungszulagen unter die Belegschaft streuen. Das ist's aber auch schon.

Ungenutzt bleibt die Chance, das Dienstleistungsunternehmen Bundespost vom Muff des Beamtenwesens zu befreien. Wilhelm Freundlieb, Personalchef der Post: „Am Grundsatz des Berufsbeamtentums wird festgehalten.“

Anders als in den Niederlanden, wo zum Jahreswechsel alle Postbediensteten mit einem Schlag entbeamtet wurden, bleiben in Schwarz-Schillings Firma die Briefmarken-Verkäufer und Postspargbuch-Verwalter auch nach der Reform vereidigte Staatsdiener.

Angebote der Postgewerkschaft, über ein neues einheitliches Dienstrecht für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte zu reden, hat der Postminister abgewiesen. Schwarz-Schilling bastelte das Gesetz in kleinen, fast konspirativ arbeitenden Zirkeln; die Belegschaft wurde nicht gefragt.

Statt die überholte Aufteilung der Belegschaft in drei Klassen aufzugeben, strebte Schwarz-Schilling ein eigenes Beamtenrecht für die Postbediensteten an. Doch das hat Innenminister Friedrich Zimmermann im Kabinett torpediert.

Die alte Post war da besser als Schwarz-Schillings Post 2000. Es wird für die Postbediensteten nicht weniger, sondern noch mehr Gängelei geben. Parkinson hätte mit dem organisatorischen Meisterwerk der neuen Post seine helle Freude.

Mehr als bisher werden künftig der Finanz- und der Innenminister bei der Post mitzureden haben. Für diese Variante der Mitbestimmung ist, so ein interner Vermerk des Postministeriums, „ein eigenes Instrumentarium“ im Hause Schwarz-Schillings nötig sowie „bei allen Unternehmen entsprechende korrespondierende Organisationseinheiten“. So was schafft Arbeitsplätze.

Nach § 108 UrhG ist das Kopieren von urheberrechtlich geschützten Computerprogrammen strafbar.



STIFTUNG WARENTEST
test 7/88
sehr gut
für MICROSOFT WORD 4.0
als einzigem von 13 getesteten Textverarbeitungsprogrammen

MICROSOFT WORD 4.0.

SIE FINDEN UNS VOM
8.-15.3.1989 AUF DER
CEBIT'89
Halle 6 - Stand H29/G30

High-Text - Zukunftsperspektive und Investitionssicherheit: Das ist MICROSOFT WORD 4.0. Ein durch und durch ausgereiftes Programm, hinter dem unsere ganze Erfahrung steckt. Absolut „State of the art“ mit höchstem Bedienungskomfort, einfachem Einstieg und geringem Lernaufwand. Problemlos und überall einzusetzen, spart es Zeit und Geld: Denn sofort nach der Installation kann man mit dem Schreiben beginnen und Ergebnisse ausdrucken lassen.

Es steht eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung - und diese werden kontinuierlich vom Programm selbst erklärt. Integriertes Lernprogramm und einfachste Bedienung über Tastatur oder mit der Maus sind eine Selbstverständlichkeit. MICROSOFT WORD 4.0 - einfach wie das Einmaleins und doch mit mächtiger Funktionalität, die kaum noch Wünsche offen läßt: von der Grafikeinbindung über Rechtschreibprüfung, Trennhilfe, elegante Serienbrieffunktion, Textbausteintechnik bis hin zur Unterstützung modernster Druckertechnologie.

MICROSOFT WORD 4.0: Maximale Zuverlässigkeit und Software-Ergonomie.

Als einziges von dreizehn getesteten Textverarbeitungsprogrammen „Sehr gut“ von der Stiftung Warentest. Wo immer Sie es einsetzen - im Sekretariat oder in der Dokumentation - Sie bekommen High-Text: die hohe Schule der Textverarbeitung.

MS/DOS CMT   320/KB 3.5

Microsoft®

ZUKUNFT DER SOFTWARE

Kaufen Sie jetzt zum Sonderpreis MICROSOFT WORD 4.0 mit MICROSOFT PAGEVIEW - dem Zusatzprogramm, das noch vor dem Ausdrucken das Druckbild kontrolliert: Schriftarten und -größen, eingefügte Grafiken und Seitenumbruch. Eine WINDOWS-Anwendung, die mit MICROSOFT WINDOWS RUNTIME geliefert wird - WINDOWS-Anwender können am Bildschirm Grafiken und Bilder in ihre WORD-Texte kopieren.

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu MICROSOFT WORD 4.0.

Ich nutze Software: privat beruflich/Branche

Mein Rechner: MS-DOS MS-OS/2 Macintosh

Bitte senden Sie den Coupon an: Microsoft Info-Service Postfach 129 8000 München 1

Absender nicht vergessen.

SP 7/89

Daß Schwarz-Schilling künftig mehr Bedienstete als bisher braucht, bestätigte Personalchef Freundlieb in einem Schreiben an die „Zentrale Arbeitsgruppe“ des Postministers. „Ihre Vorstellung“, heißt es da, „der Personalbedarf würde sich nur um 3 bis 5 v. H. erhöhen“, müsse „erheblich korrigiert werden“.

Neue Beamten-Jobs wird es beispielsweise geben, weil der Postminister zukünftig die Tarifverhandlungen der drei Postfirmen überwachen wird. Die „bisher vorhandene Kapazität“, heißt es in dem Ministeriumspapier, „wäre praktisch zu verdreifachen“.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser - nach diesem alten Bürokraten-Grundsatz wird das Ministerium künftig jede Aktenbewegung in einer der drei Postfirmen kontrollieren.

Das Ministerium führt „Rechtsaufsicht“ über so bedeutende Vorgänge wie die Aufwandsvergütung bei Dienstreisen, über den Freizeitausgleich für Überstunden oder darüber, daß „privat angeschaffte Zeitkarten auch bei Dienstreisen“ benutzt werden.

Der Postminister und seine Helfer werden zudem mit der bedeutsamen Aufgabe beschäftigt, den drei Unternehmen „Arbeitszeitvorschriften“ vorzugeben. Das mache nur Sinn, so die Vermerk-Verfasser, „wenn er aus eigener Kenntnis die Erfordernisse der einzelnen Unternehmen kennt“.

Daran aber hapert es. Da der Minister „künftig nicht mehr organisatorischer Bestandteil“ der Bundespost sei, frage sich, „auf welche Weise er künftig diese Kenntnisse erlangen soll und wie er sicherzustellen hat, daß seine Vorschriften eingehalten werden“.

Daß die Reform der Post zu einer bürokratischen Grotteske entartet ist, kritisieren inzwischen sogar hochgestellte Postbeamte.

Der Präsident der Kölner Oberpostdirektion, Franz-Josef Neuhoff, bescheinigte unlängst seinem obersten Dienstherrn in einem Interview zunächst höflich: „Der Herr Bundespostminister“ habe sich „außerordentlich bemüht“, den Postfirmen jene „Bewegungsfreiheit im finanziellen und beamtenrechtlichen Bereich“ zu verschaffen, die sie im harten Wettbewerb mit den Telekommunikationsmultis brauchen werden.

Knallhart fuhr Neuhoff dann jedoch fort: „Soweit ich diesen Gesetzentwurf beurteile, sind die bisherigen Bemühungen des Herrn Bundespostministers im wesentlichen fehlgeschlagen, diesen Handlungsspielraum zu gewinnen.“

So sehen es auch Parteifreunde Schwarz-Schillings. Für den CSU-Abgeordneten Josef Linsmeier, den Postfachmann der Union, ändert das Postreformgesetz „nix an der inneren Struktur“ des Telefon- und Briefmarketen-Konzerns.

Linsmeiers Fazit: „Wir brauchen eine neue Postreform.“